


# Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Interessenbekundungsverfahren  
für die Umsetzung eines Projekts im  
Rahmen des Landesprogramms  
„Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen  
Rechtsextremismus, Rassismus und  
Antisemitismus“ zu extrem rechten  
Jugendgruppen

Berlin, den 12.06.2026

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	<b>BERLIN</b>	
--	---------------	---

## 1. Hintergrund

Seit 2024 ist bundesweit und auch in Berlin vermehrt ein aggressives Auftreten von sehr jungen rechtsextremen Akteur\*innen zu beobachten. Es handelt sich dabei sowohl um organisierte Störaktionen gegen CSD-Paraden, Gewalttaten gegen als links und antifaschistisch eingeordnete Personen als auch die Teilnahme an rechtsextremen Aufmärschen. Diese Zusammenschlüsse treten unter Namen wie „Deutsche Jugend Voran“, „Elblandrevolte“ oder „Jung & Stark“ auf.

Wie ernst die von diesen Gruppen ausgehende Bedrohung zu nehmen ist, zeigt eine Verhandlung vor dem Hamburger Oberlandesgericht. Dort sind seit Anfang 2026 acht Beschuldigte im Alter zwischen 14 und 21 Jahren angeklagt, denen die Unterstützung der bzw. Mitgliedschaft in der rechten Terrorgruppe „Letzte Verteidigungswelle“ vorgeworfen wird. Sie sollen 2024 und 2025 mehrere Brand- und Sprengstoffanschläge auf Unterkünfte von Asylsuchenden und linke Einrichtungen geplant und durchgeführt haben. Videos ihrer Taten sollen sie unter anderem auf TikTok veröffentlicht haben.<sup>12</sup>

Auch in Berlin ist dieses Phänomen zu beobachten.<sup>3</sup> So hinderte im Juli 2024 die Berliner Polizei eine Gruppe von Neonazis daran, einen koordinierten Angriff auf den Christopher Street Day zu verüben. Initiiert wurde die Aktion maßgeblich vom Netzwerk „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) aus Berlin und Brandenburg. Unter den ca. 40 Festgenommenen waren 14 Minderjährige.<sup>4</sup> Im Dezember 2024 attackierten in Berlin vier "Deutsche Jugend Zuerst"-Mitglieder im Alter zwischen 16 und 19 Jahren zunächst zwei SPD-Politiker\*innen, als auch die Polizist\*innen, die den Angriff unterbinden wollten.<sup>5</sup>

Für die Vernetzung dieser sehr jungen und gewaltaffinen Rechtsextremist\*innen spielen entsprechenden Gruppen auf Plattformen wie TikTok, Telegram oder Instagram oft eine entscheidende Rolle. Hier findet die niedrighschwellige Ansprache in Chat-Gruppen statt, die über eine Inszenierung als maskulinistische, machtvolle und aktionsorientierte Gemeinschaft eine hohe Anziehungskraft auf junge, in der Mehrzahl männliche, Jugendliche ausübt. Inhaltlich zeichnen sich diese Gruppen u.a. durch einen aggressiven, rassistischen Patriotismus, die gewaltvolle Gegnerschaft zu linken oder antifaschistischen Gruppierungen und eine offene Queerfeindlichkeit aus.

---

<sup>1</sup> <https://www.deutschlandfunkkultur.de/rechtsextreme-jugendliche-baseballschlaegerjahre-100.html> (Aufruf: 26.05.2026)

<sup>2</sup> <https://taz.de/Letzte-Verteidigungswelle-vor-Gericht/!6153190/> (Aufruf: 26.05.2026)

<sup>3</sup> <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/12/berlin-rechtsextremismus-gruppen-deutsche-jugend-voran-patrioten-heimat.html> (Aufruf: 26.05.2026)

<sup>4</sup> <https://antifainfoblatt.de/aib146/deutsche-jugend-voran> (Aufruf: 26.05.2026)

<sup>5</sup> <https://www.rbb24.de/politik/wahl/bundestag/2025/spd-mitglieder-angegriffen-mutmasslich-rechte-mutmassliche-taeter-gefasst.html> (Aufruf: 26.05.2026)

Zusätzlich zu den genannten Gruppierungen lassen sich in Berlin Aktivitäten neonazistischer Parteien wie „Der III. Weg“ oder „Die Heimat“ beobachten, die im Umfeld von Schulen und Jugendeinrichtungen versuchen, mit Propagandaangeboten und z.B. der Bewerbung von Kampfsporttrainings Jugendliche zu rekrutieren.

## **2. Zielstellungen des geplanten Projekts**

Das Ziel des zu fördernden Projekts ist die Erarbeitung von Materialien zum primär- und sekundär-präventiven Umgang mit dem Phänomen der jugendlichen, rechtsextremen Zusammenschlüsse.

### **Konkrete Projektziele umfassen:**

- Die inhaltliche und technisch-organisatorische Konzeption eines Projekts zum Umgang mit extrem rechten Jugendcliquen, deren Mitgliedern, Organisationsformen und Mobilisierungsbedingungen.
- Die Erarbeitung, Entwicklung und Bereitstellung von Modulen, die für den präventiven Umgang mit diesem Phänomen eingesetzt werden können. Zu erarbeiten sind Module, die
  - ein Verständnis zu aktuellen, extrem rechten Lebenswelten, deren zentralen Inhalten, Erscheinungsformen, Chiffren und Wirkungen, sowohl in offline- als auch in online-Aktivitäten vermitteln;
  - die Attraktivität als Identifikationsangebot solcher Lebenswelten für eine sehr junge, digital affine Zielgruppe identifizieren und aufbereiten;
  - entsprechende präventive Interventionsstrategien, aus der Perspektive einer menschenrechtsorientierten, demokratischen Haltung vermitteln können.Genderreflektierende pädagogische Ansätze sind hierbei zu berücksichtigen.

Diese Module sollen so entwickelt sein, dass sie als Fortbildungsangebote sowohl im Rahmen des hier geförderten Projekts umgesetzt werden als auch pädagogischen Fachkräften sowie Interessierten mit entsprechender Fachexpertise zur eigenen Umsetzung zur Verfügung gestellt werden können. Zielgruppen dieser Fortbildungsangebote sollen sowohl pädagogisches Personal, das professionell in Schule oder Jugendarbeit tätig ist, als auch Engagierte einer kritischen Zivilgesellschaft sein. Die erarbeiteten Module sollen zum Ende des Projekts in einer Handreichung zusammengestellt sein, die Nutzungsrechte an den im Projektverlauf erstellten Materialien gehen nach Ende des Projekts auf das Land Berlin über.

### **3. Allgemeine Bestimmungen**

#### **3.1. Verfahrensgrundlagen**

Die o. g. Senatsverwaltung verfährt nach § 7 Absatz 2 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung von Berlin (LHO). Ziel dieses Interessenbekundungsverfahrens (IBV) ist es, zunächst einen Überblick über potentielle externe Träger\*innen/Kooperationspartner\*innen zu erlangen.

Die im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens (IBV) eingereichten Konzepte werden unter Wahrung der Grundsätze der Gleichbehandlung, Transparenz und Unparteilichkeit ausgewertet.

Das im Rahmen des IBV ausgewählte Konzept wird anschließend zur Antragstellung der entsprechenden Zuwendungsmittel im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ aufgefördert. In diesem Zusammenhang sind weitere Unterlagen erforderlich, über die zu gegebener Zeit informiert wird. Als Projektbeginn ist spätestens der 01.09.2026 angestrebt. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich nicht um ein formales Vergabeverfahren handelt, sondern dass die Interessenbekundung ausschließlich der Entscheidungsvorbereitung dient. Kosten, die den Teilnehmenden am Interessenbekundungsverfahren entstehen, können nicht erstattet werden.

#### **3.2. Teilnehmer\*innenkreis**

Teilnahmeberechtigt sind Organisationen, welche die unter 5. aufgeführten Forderungen erfüllen.

#### **3.3. Durchführende Stelle**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Referat IV D Demokratieförderung und Prävention  
Dienstszitz: Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz  
Salzburger Str. 21-25, 10825 Berlin

Ansprechpartner:

Ulf Bünermann | [ulf.buenermann@senasgiva.berlin.de](mailto:ulf.buenermann@senasgiva.berlin.de) | Tel: 030 - 9013-3498

### **3.4. Einreichungsfrist**

Die Interessent\*innen werden aufgefordert, ihre Interessenbekundungen unter Angabe des unten genannten Kennworts bis zum 17.07.2026 um 12:00 Uhr **postalisch** an die nachfolgend aufgeführte Anschrift zu richten. Maßgeblich für die Fristwahrung ist das Eingangsdatum der postalisch versandten oder überbrachten Unterlagen, falls die Bewerbungsunterlagen persönlich eingereicht werden. Unterlagen, die verspätet eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Abt. IV / Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung

IV D 1 - Ulf Bünermann

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Salzburger Str. 21-25

10825 Berlin

Kennwort: IBV „Extrem rechte Jugendgruppen“

### **3.5. Verschwiegenheit**

Interessent\*innen haben, auch nach Beendigung des Interessenbekundungsverfahrens, über die bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu wahren. Sie haben hierzu alle an der Erstellung der Interessenbekundung beteiligten Mitarbeiter\*innen zu verpflichten.

## **4. Projektbeschreibung**

### **4.1. Auftraggeber**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Dienstsitz: Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Salzburger Str. 21-25

10825 Berlin

### **4.2. Projektlaufzeit**

Die Projektlaufzeit beginnt nach gegenwärtigem Stand der Planung am 01.09.2026 und endet am 31.12.2026. Eine Fortführung des Projekts bis Ende 2027 ist unter der Voraussetzung zur Verfügung stehender Haushaltsmittel beabsichtigt.

### **4.3. Umfang der Zuwendung**

Vorbehaltlich der im Haushalt zur Verfügung stehenden (Zuwendungs-)Mittel sind für das Projekt bis zu 75.000 € im Jahr 2026 vorgesehen, für 2027 stehen bis zu 150.000 € zur Verfügung. Die disponierten Mittel sind im jeweiligen Kalenderjahr zu verausgaben und können nicht übertragen werden.

### **5. Anforderungen an interessensbekundende Träger**

Für die Realisierung des Projekts werden von der Trägerorganisation umfassende Kompetenzen erwartet. Interessensbekundende Träger sollten über einschlägige thematische Expertise und über Erfahrungen im Bereich der didaktisch-pädagogischen Wissens- und Methodenvermittlung verfügen. Dazu gehören Kenntnisse zur Aufbereitung und Darstellung der wesentlichen thematischen Inhalte sowie grundsätzliche Fähigkeiten in der sachgerechten Aufbereitung und Kommunikation der Ergebnisse an eine breite (Fach-)Öffentlichkeit, auch bezogen auf die technische Realisierung. Grundsätzlich sollten Erfahrungen in der Umsetzung und Abwicklung von Projekten der geplanten Größenordnung vorliegen und der Träger idealerweise bereits über ein, auch berlinweites, themenspezifisches Netzwerk verfügen, um die entwickelten Module bedarfsgerecht umzusetzen und bereitstellen zu können.

Der interessensbekundende Träger organisiert das Projekt und führt es durch. Dabei stellt er den wirtschaftlichen Einsatz und den Nachweis der Verwendung aller durch Zuwendung oder in anderer Form der durch SenASGIVA zur Verfügung gestellten Mittel sicher und garantiert mit seinem Antrag, dass das zur Projektdurchführung vorgesehene Personal über die notwendigen Erfahrungen, Fähigkeiten und zeitlichen Ressourcen verfügt, um die Aufgaben sach- und fristgerecht in hoher Qualität umzusetzen. Hierzu gehört auch das fundierte Wissen über die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung und des Zuwendungsrechts.

### **6. Anforderungen an die Interessensbekundung**

Es wird um folgende Unterlagen gebeten:

- (1) Eine Selbstdarstellung des Trägers einschließlich der Beschreibung von Erfahrungen in der Abwicklung vergleichbarer Projekte (maximaler Umfang zwei DIN-A4-Seiten);
- (2) eine Auflistung bisheriger Referenzprojekte; Dokumentationen oder Mediendateien werden nicht angenommen;
- (3) ein Konzept für die inhaltliche und organisatorische Durchführung des Projekts einschließlich eines Arbeits- und Zeitplans (maximaler Umfang insgesamt zehn DIN-A4-Seiten);

- (4) ein vorläufiger Finanzierungsplan;
- (5) die Angabe einer Kontaktperson mit Telefonnummer und Adresse sowie E-Mail und ggf. Internetadresse;
- (6) Nachweis der Eintragung in der Transparenzdatenbank Berlin.

Wenn Sie zur Antragstellung aufgefordert werden, sind weitere Unterlagen erforderlich, über die Sie dann informiert werden.

## **7. Bewertung der Interessenbekundungen**

Die Prüfung und Bewertung der durch die Interessent\*innen eingereichten Unterlagen erfolgen unter Berücksichtigung aller verlangten Angaben bzw. Nachweise. Sämtliche nachprüfbaren oder ins Einzelne gehenden Behauptungen in den eingereichten Unterlagen werden als verbindliche Zusagen angesehen und gelten als verbindlich zugesicherte Eigenschaft.